

## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Renate Künast, Bärbel Höhn, Cornelia Behm,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/7710 –

### Den Klimawandel wirksam durch Urwaldschutz bekämpfen – Agrarüberschüsse in den Erhalt der Urwälder investieren

#### A. Problem

Die globalen Urwälder binden ca. 40 Prozent des terrestrischen Kohlenstoffs und übernehmen somit eine zentrale Rolle beim Abfedern der weltweiten Klimaschwankungen. Andererseits hat die anhaltende Zerstörung dieser Urwälder einen Anteil an den globalen Treibhausgasemissionen von mindestens 20 Prozent. Die bisherigen Maßnahmen haben die fortschreitende Zerstörung der Urwälder nicht stoppen können. Die konstant hohe Entwaldungsrate erfordert jedoch ein schnelles und konsequentes Gegensteuern.

Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, sich dafür einzusetzen, dass EU-Agrarüberschüsse für Programme zum Schutz der Urwälder verwendet werden.

#### B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### C. Alternativen

Annahme des Antrags.

#### D. Kosten

Überschüssige Gelder in Höhe von 200 Mio. Euro aus dem Haushalt der Gemeinsamen Agrarpolitik des Jahres 2007.

Weitere überschüssige Gelder aus dem Haushalt der Gemeinsamen Agrarpolitik der folgenden Jahre in nicht bezifferter Höhe.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/7710 abzulehnen.

Berlin, den 9. April 2008

### **Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

**Ulrike Höfken**  
Vorsitzende

**Dr. Hans-Heinrich Jordan**  
Berichterstatter

**Gustav Herzog**  
Berichterstatter

**Hans-Michael Goldmann**  
Berichterstatter

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstatterin

**Cornelia Behm**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Dr. Hans-Heinrich Jordan, Gustav Herzog, Hans-Michael Goldmann, Dr. Kirsten Tackmann und Cornelia Behm

### I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/7710** in seiner 139. Sitzung am 24. Januar 2008 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die globalen Urwälder dienen der Abfederung der Klimaschwankungen, indem sie ca. 40 Prozent des terrestrischen Kohlenstoffs binden. Andererseits hat die Zerstörung der Urwälder einen Anteil an den globalen Treibhausgasemissionen von mindestens 20 Prozent. In der Rangliste der Staaten, die am meisten zum Klimawandel beitragen, liegt mit Indonesien ein Land auf Platz drei, in dem der Raubbau am Tropenwald die Hauptursache der Treibhausgasemissionen ist. Die bisher getroffenen internationalen Maßnahmen haben die fortschreitende Zerstörung der Urwälder nicht wirksam zu stoppen vermocht.

Deshalb muss der verstärkte Schutz der internationalen Urwälder einen Schwerpunkt der internationalen Klimaschutzanstrengungen darstellen. Aus diesem Grund wurde auf der 13. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) die „Forest Carbon Partnership Facility“ (FCPF) ins Leben gerufen. Ziel des Programms ist es, Entwicklungsländer stärker als bisher beim Erhalt von Urwäldern und bei der Vermeidung weiterer Entwaldung finanziell zu unterstützen. Neben der finanziellen Kompensation für vermiedene Entwaldung und Unterschutzstellung von Wäldern geht es hier um eine langfristige ökonomische Inwertsetzung von natürlichen Ressourcen.

Die FCPF steht unter dem Management der Weltbank. Bisher sind 19 Mitgliedsländer der Partnerschaft für den Urwaldschutz beigetreten.

Auch die Europäische Union muss dringend einen eigenen Beitrag zu dieser wichtigen Klimaschutzinitiative leisten. Mit 200 Mio. Euro würde die Europäische Union die bisher bereitgestellten Mittel der an der „Forest Carbon Partnership Facility“ beteiligten Staaten verdoppeln.

Zur Finanzierung ihres Beitrags zur FCPF kann die Europäische Union auf die regelmäßigen Überschüsse des europäischen Agrarhaushalts zurückgreifen. Ein Teil dieser Finanzmittel, die unterhalb der Obergrenze der finanziellen Vorausschau nicht in den jährlichen EU-Agrarhaushalt eingestellt worden sind und am Ende des Jahres übrig bleiben, soll in Zukunft für die „Forest Carbon Partnership Facility“ und andere Programme zum Schutz der Urwälder verwendet werden.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert,

- initiativ zu werden, dass die Europäische Union als Beitrag zum internationalen Klima- und Biodiversitätsschutz überschüssige und ungenutzte Gelder aus dem Haushalt der Gemeinsamen Agrarpolitik des Jahres 2007 in Höhe von 200 Mio. Euro der „Forest Carbon Partnership Facility“ der Weltbank zur Verfügung stellt;
- initiativ zu werden, dass die Europäische Union jährlich mit überschüssigen Geldern aus dem Haushalt der Gemeinsamen Agrarpolitik einen Beitrag für die „Forest Carbon Partnership Facility“ und andere Programme zum Schutz der Urwälder zur Verfügung stellt;
- sich dafür einzusetzen, dass Beteiligungsrechte von indigenen Völkern und von lokalen sowie internationalen Nichtregierungsorganisationen bei der Umsetzung von Pilotprojekten der „Forest Carbon Partnership Facility“ gewährleistet werden.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/7710 in seiner 66. Sitzung am 9. April 2008 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/7710 in seiner 60. Sitzung am 9. April 2008 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 16/7710 in seiner 60. Sitzung am 9. April 2008 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 16/7710 in seiner 58. Sitzung am 9. April 2008 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

### IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage auf Drucksache 16/7710 in seiner 75. Sitzung am 9. April 2008 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** konstatierte, dass der Urwald zu schützen sowie der Raubbau am Urwald und an der Natur weiter zurückzudrängen sei. Allerdings halte man die vorgeschlagene Umverteilung von Überschüssen aus haus-

halterischen Gründen nicht für richtig. Außerdem werde der bisherige Einsatz der Bundesregierung an vielfältigen Maßnahmen deutlich. Der von ihr beschrittene Weg müsse fortgesetzt werden. Zusätzliche Alternativen müssten insbesondere auf europäischer Ebene gesucht werden. Deshalb werde man dem Antrag nicht zustimmen.

Die **Fraktion der SPD** erkläre, dass man mit den im vorliegenden Antrag formulierten Zielen übereinstimme. Mit Blick auf Klimaschutz und Biodiversität nehme der Erhalt der Urwälder eine herausragende Stellung ein. Auch plädiere man für eine Vielfalt von zielführenden Instrumenten. Trotzdem werde man den vorliegenden Antrag ablehnen. Den Finanzierungsteil erachte man als falsch. Eine Unterstützung dieser wichtigen Aufgabe dürfe nicht allein von der Überschussfrage abhängig gemacht werden. Zudem lasse das europäische Finanzrecht den vorgeschlagenen Weg nicht zu. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt leiste Deutschland mit 40 Mio. Euro den größten Einzelbetrag zu dem Fonds. Dessen Unterstützung erachte man als einen vernünftigen Weg.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, dass man für Klimaschutz und für die Bekämpfung von Urwaldzerstörungen stehe. Allerdings sei man entschieden dagegen, dass die in Europa durch ökonomisches Handeln erwirtschafteten Agrarüberschüsse im Bereich des Urwaldschutzes eingesetzt werden sollten. Mit Blick auf die vorangegangene Anhörung könnten diese Überschüsse vielmehr einen Beitrag etwa zur Breitbandverkabelung und zum Klimaschutz im Rahmen der agrarischen Herausforderung leisten. Verbesserungen im Urwaldbereich müssten durch grundsätzliche Weichenstellungen im Bundeshaushalt oder im europäischen Haushalt gewährleistet sein.

Die **Fraktion DIE LINKE.** lege dar, dass auch sie den Urwaldschutz als sehr wichtig erachte. Den vorliegenden Antrag lehne man allerdings ab. Die vorgeschlagene Umverteilung der Agrarüberschüsse erscheine als ungeeignet. Vielmehr sollten diese einer anderen Verwendung zugeführt werden, etwa der Finanzierung der zweiten Säule und der ländlichen Räume. Kritisch betrachte man auch die vorgesehene Verwaltung dieser Gelder durch die dem Management der Weltbank unterstehenden FCPF. Zudem halte man die Einbeziehung des Urwaldschutzes in den Emissionshandel nicht für richtig. Dies führe zu einer Vortäuschung von Klima- bzw. Urwaldschutz, weil die gleichen Emissionen an anderer Stelle stattfänden. Des Weiteren wären negative Folgen im Bereich der Zertifikate zu erwarten, etwa Preisstürze und Ausweitung von Monokulturen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, mit dem vorliegenden Antrag wolle man erreichen, dass sowohl die in Rede stehenden Gelder in Höhe von 200 Mio. Euro als auch künftige ungenutzte finanzielle Mittel der „Forest Carbon Partnership Facility“ der Weltbank zur Verfügung gestellt würden. Eine eigene Haltung der Bundesregierung zum Urwaldschutz sei bislang nicht deutlich geworden. Diese wolle zunächst diesbezügliche Vorschläge auf europäischer Ebene abwarten. Dies sei mit Blick auf die 9. Vertragsstaatenkonferenz im Mai dieses Jahres nicht hinnehmbar. Der vorliegende Antrag leiste einen Beitrag zum Urwaldschutz und gehe in die richtige Richtung. Deshalb werde um Zustimmung gebeten.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 16/7710 abzulehnen.

Berlin, den 9. April 2008

**Dr. Hans-Heinrich Jordan**  
Berichtersteller

**Gustav Herzog**  
Berichtersteller

**Hans-Michael Goldmann**  
Berichtersteller

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstellerin

**Cornelia Behm**  
Berichterstellerin